

Antrag der Fraktion DIE LINKE.**Konjunkturpaket II ist sozial ungerechtes und wenig hilfreiches Stückwerk – notwendige Schritte der Bremer Politik**

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung wird den Herausforderungen der Wirtschaftskrise nicht gerecht und weist eine schwere soziale Schieflage auf.

Der größte Posten des Programms sind Steuer- und Abgabenerleichterungen. Von diesen Regelungen profitieren überwiegend gutverdienende Steuerzahler/-innen.

Es ist zu befürchten, dass diese die Steuerersparnisse zum überwiegenden Teil sparen und nicht ausgeben – eine positive Wirkung auf die Konjunktur ist so nicht zu erwarten. Die Entlastung für Normalverdiener liegt dagegen im Taschengeldbereich. Geringverdienende, Rentner/-innen und Bezieher/-innen von Sozialleistungen gehen weitgehend leer aus.

Die Verbesserungen für Kinder von SGB-II-Empfänger/-innen, die auf eine Initiative des Bremer Senats zurückgehen, sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber leider nur ein winziger. Sie kompensieren nicht einmal die Ungerechtigkeit, dass ihren Eltern die Erhöhung des Kindergeldes mit den SGB-II-Bezügen verrechnet wird und es für sie ab der 11. Klasse keine Schulgeldmittel mehr gibt.

Auf der anderen Seite wird wohlhabenden und reichen Mitbürgern/-innen, die in den letzten Jahren der boomenden Finanzmarktblase massive Zuwächse des privaten Vermögens erleben durften, in keinsten Weise eine zusätzliche Belastung auferlegt, mit der sie einen Beitrag zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise leisten könnten. Dabei haben die reichen Deutschen auf ihren privaten Sparbüchern ca. 3 Billionen € geparkt – Geld ist wirklich genug da. Aber an dieses Geld wollte die Berliner Koalition nicht rühren.

Das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ in öffentliche Infrastruktur, der einzig wirklich brauchbare und wirksame Teil des Konjunkturprogramms, ist von geplanten 25 Mrd. € auf 14 Mrd. € zusammengeschrumpft. Dagegen hält DIE LINKE. für ein wirksames und nachhaltiges Zukunftsinvestitionsprogramm den Einsatz von mindestens 50 Mrd. € für notwendig. Setzt man die auf zwei Jahre verteilten 14 Mrd. € in Relation zu der aktuell überwiesenen Finanzspritze für die Commerzbank, die vom Staat 18 Mrd. € für 25 % Stimmanteile erhält (obwohl sie nur ca. 4 Mrd. € wert ist!), dann kann das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ nur als kläglich bezeichnet werden.

Von der SPD wird als große soziale Errungenschaft verkauft, dass bei Leiharbeitenden ein Mindestlohn von unter 6 €/h eingeführt werden soll, während gleichzeitig ein 100 Mrd. € schweres Bürgerschaftsprogramm für die Industrie aufgelegt wird, weil diese trotz der milliardenschweren Stützung der Banken immer noch über Kreditprobleme klagt. Damit verdient das Konjunkturprogramm das Prädikat „Sozialismus für Reiche, Kapitalismus für Arme“.

Für die Bremer Politik ist in Bezug auf die Wirtschaftskrise und das Konjunkturpaket II aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. das folgende Vorgehen notwendig:

- Bremen muss versuchen, aus dem Investitionsprogramm möglichst viele sinnvolle Projekte der Bremer Infrastruktur zu fördern. Mindestens 50 % der Investitionen sollten kleinräumig und stadtteilorientiert ausgegeben werden, in Schulen, Kindergärten und sozialen Einrichtungen, insbesondere in sozialen Brenn-

punkten. In dem Zusammenhang unterstützt DIE LINKE. die Forderung des BUND, ein Förderprogramm für energiesparende Geräte in den 50 000 Bremer Haushalten aufzulegen, die Empfänger von Transferleistungen sind.

- Im Sinne der direkten Demokratie sind bei der Auswahl der Projektanträge auch die Institutionen der Ortsteile (Beiräte und Quartiersmanager) zu beteiligen.
- Darüber hinaus sind dringend Verbesserungen in der sozialen Infrastruktur, wie z. B. in der Arbeitsförderung und im sozialen Bereich, notwendig. Einerseits, weil dies hilft, Armut zu dämpfen und Armutsprozesse zu lindern, andererseits, weil im Bereich der Armutsbekämpfung eingesetzte Steuergelder direkt in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.
- Dazu ist es unabdingbar, dass der Senat seinen Einfluss im Bundesrat und auf die Regierungskoalition in Berlin geltend macht, um sich im Rahmen der Bekämpfung der Konjunkturkrise für dringend notwendige, weitergehende Programme im Bereich der Arbeitsförderung und sozialen Infrastruktur einzusetzen. DIE LINKE. fordert in diesem Zusammenhang eine Bremer Projektliste, die gezielt in Arbeit, Soziales und lokale Ökonomie investiert. Vordringlich wäre jetzt, den Umfang der bisherigen Beschäftigungsprogramme zu erhöhen, die Entlohnung armutsfest zu gestalten, den Hartz-IV Empfängern/-innen die realen Heizkosten zu erstatten und die kommunalen Einmalzahlungen wieder einzuführen.
- Investiert werden sollte in Stadtteilprogramme, von denen die freien Träger der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit, die Wohnraumsanierung und Gebäudedämmung in den Quartieren und die soziokulturellen Projekte profitieren.
- Nach wie vor ist es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE. richtig, dass die Regelsätze für die Empfänger/-innen von ALG II, Sozialhilfe sowie für Asylbewerber/-innen deutlich angehoben werden. Auch sind die Renten zu erhöhen und Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut zu treffen. Außerdem muss jetzt ein allgemeinverbindlicher, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden. Diese Maßnahmen würden die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern. Sie würden aber auch die Binnennachfrage um über 25 Mrd. € erhöhen.
- Zur Finanzierung dieser Maßnahmen müssen große Erbschaften, Einkommen und Vermögen sowie Börsenumsätze stärker besteuert werden. Zusätzliche Einnahmen können über eine Zwangsanleihe für große Vermögen realisiert werden, wie sie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ins Gespräch gebracht hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, bei den zu stellenden Projektanträgen im Rahmen des „Zukunftsinvestitionsprogramms“ mindestens die Hälfte aller Projekte in Bereichen anzusiedeln, die der sozialen Infrastruktur dienen, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen.
2. Der Senat wird aufgefordert, bei der Auswahl der Projektanträge, die für das Zukunftsinvestitionsprogramm angemeldet werden, eine Beteiligung der Stadtteile zu ermöglichen, beispielsweise durch eine Anhörung der Quartiersmanager und eine Aufforderung an die Beiräte, Vorhaben vorzuschlagen und zu bewerten.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für substanzielle zusätzliche Mittel im Bereich Arbeit, Soziales und lokale Ökonomie einzusetzen und dazu beispielhaft eine Projektliste mit Bremer Vorhaben zu erstellen.
4. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung verstärkt für eine Erhöhung der Regelsätze von ALG II, Sozialhilfe und Renten sowie für eine Einführung eines armutsfesten, gesetzlich verankerten Mindestlohns einzusetzen.
5. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für eine Gegenfinanzierung durch eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, Börsenumsätzen sowie weitere geeignete Maßnahmen, wie eine Zwangsanleihe für große Vermögen, einzusetzen.

Klaus-Rainer Rupp,
Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE.